

Presseinformation

121/2012

Kiel, 26. April 2012

Antje Jansen zu TOP 73: „Rente mit 67 bedeutet Rentenkürzung und Altersarmut.“

„Frau Landtagspräsidentin, meine Damen und Herren.

Seit Januar 2012 sind die Menschen schrittweise von der Rente erst ab 67 Jahren betroffen. Wer nicht bis zur erhöhten Altersgrenze beschäftigt sein wird, dem wird die Rente gekürzt. DIE LINKE will diese Rentenkürzungen nicht hinnehmen. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Rente mit 67 zurückgenommen wird.

Rente erst ab 67 ist die falsche Antwort auf die demografische Entwicklung. Es muss gelten: Wer kann, darf länger als bis 65, wer nicht kann, muss auch nicht bis 65 arbeiten. Die Rente erst ab 67 garantiert weder ein gesundes Altern noch Arbeitsplätze für Ältere. Sie führt über massenhafte Rentenkürzungen geradewegs in die Altersarmut.

Viele Menschen können schon allein deshalb nicht bis 65, geschweige denn bis 67, arbeiten, weil sie keinen Job mehr haben. Mehr als zwanzig Prozent der Menschen, die 2010 in Rente gegangen sind, sind erwerbsgemindert. Mit durchschnittlich 50,4 Jahren waren sie zudem noch recht jung.

Je näher die Menschen dem Rentenalter kommen, desto geringer ist auch die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Beschäftigungsquote bei den 60 bis 64-Jährigen liegt bei etwas mehr als einem Viertel. Im Juni 2011 betrug diese Quote für 63-Jährige nur 17,7 Prozent, für 64-Jährige 14,4 Prozent. In Vollzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren sogar nur 9,9 Prozent aller 64-Jährigen und gerade einmal 5,9 Prozent der Frauen dieses Alters.

Wer von der Rente erst ab 67 spricht, darf von den dramatischen Rentenkürzungen nicht schweigen, die für jeden Monat vorzeitiger Rente ein Leben lang in Kauf genommen werden müssen.

Durch die Heraufsetzung der Regelaltersgrenze werden diese Abschläge künftig bis zu 14,4 Prozent betragen. Wer diese Quote als Bestätigung dafür interpretiert, dass die Rente erst ab 67 der richtige Weg ist, verdreht die Wirklichkeit.

Das ständige Gerede von der Erwerbstätigen-Quote verschleiern, dass damit alle irgendwie Beschäftigten, also auch Beamte, mithelfende Familienangehörige, Menschen in Mini-Jobs, gemeint sind. Menschen, die tatsächlich auf die gesetzliche Rente angewiesen sind, brauchen für eine gute Rente sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeit. Hier bewegen sich die vermeintlichen Erfolge nach wie vor auf kläglichem Niveau. Es ist schlicht falsch zu behaupten, alle Rentnerinnen und Rentner würden gleichmäßig immer länger Rente beziehen.

Die Hauptlast der gigantischen Kürzungen durch die Rente erst ab 67 tragen ausgerechnet Menschen mit geringem Einkommen, hohem Arbeitslosigkeitsrisiko und kürzerem Leben. Hinter der durchschnittlichen Dauer des Rentenbezugs verbergen sich enorme Unterschiede: Geringverdienende Männer, die nach 35 Versicherungsjahren nur die Hälfte bis drei Viertel des Durchschnittsverdienstes erreicht haben, beziehen laut Statistik der Deutschen Rentenversicherung nur 11 Jahre Rente. Wer nach derselben Zeit das Eineinhalbfache des Durchschnittseinkommens hatte, erreicht dagegen 18,4 Jahre. Geringverdiener sind zudem häufiger im Alter erwerbslos.

Die SPD hat ein Modell, nach dem sie die Rente erst ab 67 vorläufig ausgesetzt möchte. Solange nämlich, bis irgendwann einmal die Hälfte aller 60- bis 64-jährigen ArbeitnehmerInnen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung steht. Wann soll dieser Zeitpunkt bei den gegenwärtigen Verhältnissen eintreten?

Wir halten das für Wischi-Waschi. Die Rente erst ab 67 wird den Menschen weniger Rente und mehr Altersarmut bringen, aber keine neuen Jobs. Darum muss sie sofort ausgesetzt und schnellstmöglich, ohne wenn und aber, zurückgenommen werden. Vielen Dank.“